

ANTRAG

auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 33 i Abs. 1 Gewerbeordnung zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten im gewerberechtlichen Erlaubnisverfahren nach § 10 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz

Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung:

Wer eine Spielhalle oder ein ähnliches Unternehmen im Sinne der Gewerbeordnung (GewO) betreiben will, bedarf einer Erlaubnis nach § 33 i GewO.

Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie der Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung erhoben und verarbeitet.

Weiterverarbeitung der Daten im gewerberechtlichen Verfahren:

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst die für das Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen. Folgende Behörden werden von der Erlaubnisbehörde beteiligt:

- die **örtlich zuständigen Ordnungsbehörden** des jetzigen und ggf. des früheren Wohn- und/oder Betriebssitzes,
- die für den Betriebsort zuständige **untere Bauaufsichtsbehörde**, ggf. die **für den Arbeitsschutz zuständige Behörde** (bei vorgesehener Beschäftigung von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern).

Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluss des Verfahrens werden folgende Behörden über die Erteilung der Erlaubnis unterrichtet:

Örtliche Ordnungsbehörde durch Zweitschrift des Erlaubnisbescheides mit Anlagen. Untere Bauaufsichtsbehörde, die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde, die Polizei, die Steuerbehörde der Stadt - bei ausländischen Antragstellerinnen oder Antragstellern - die Ausländerbehörde des Kreises durch formlose Mitteilung ohne Anlagen, soweit diese Behörden am Antragsverfahren beteiligt worden sind. Dem zuständigen Finanzamt wird lediglich von befristeten Erlaubnissen eine entsprechende Zweitschrift ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hiermit hingewiesen (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993 - BGBl. I S. 1554).

1 Personalien der Antragstellerin oder des Antragstellers bzw. der Vertreterin oder des Vertreters der juristischen Person oder des nichtrechtlichen Vereins

(Bei mehreren Antragstellerinnen oder Antragstellern bzw. Vertretungsberechtigten ist Nummer 1 dieses Antrags für jede Person auszufüllen)

Familiename und Geburtsname, falls dieser vom Familiennamen abweicht

Vorname(n) _____

Geburtstag u. -ort _____

Staatsangehörigkeit _____

Wohnsitz _____

Familienstand _____

Vor- und Familiennamen des Ehegatten _____

2 Bei Antragstellung für juristische Personen/Gesellschaften/nichtrechtsfähige Vereine:

Firma/Vereinsname

Betriebssitz _____

eingetragen im Handelsregister/Genossenschaftsregister beim Amtsgericht

in _____ am/unter Nummer _____

(Auszug aus dem Handelsregister beifügen)

Ausübung des Gewerbes als Inhaberin / Inhaber eines Einzelunternehmens
bzw. als Vertretungsberechtigte/Vertretungsberechtigter einer juristischen Person/
Gesellschaft/eines nichtrechtsfähigen Vereins in den letzten 3 Jahren

Ja Nein

Firma/Vereinsname _____

Betriebssitz _____

3 Angaben zur Zuverlässigkeit

(bei juristischen Personen für vertretungsberechtigte Personen)

Antrag auf Erteilung eines Führungszeugnisses zur Vorlage bei einer Behörde ist
gestellt

Ja Nein

Antrag auf Erteilung einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister ist gestellt

Ja Nein

Bei ausländischen Antragstellerinnen/Antragstellern:
Führungszeugnis/Leumundszeugnis oder Auszug aus der amtlichen Strafliste (Strafre-
gister) des Heimatstaates ist beantragt

Ja Nein

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes

liegt vor

wird nachgereicht

Sind Sie vorbestraft?

Ja Nein

Wenn ja, Datum der Verurteilung, Art und Höhe der Strafe/n

Ist gegen Sie Strafverfahren anhängig?

Ja Nein

Wenn ja, bei welcher Staatsanwaltschaft oder welchem Gericht und wie lautet die gegen
Sie erhobene Anschuldigung

Ist ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen in Zusammenhang mit einer gewerblichen
Tätigkeit anhängig?

Ja Nein

Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung anhängig?

Ja Nein

4 Angaben über den Betrieb

Neuerrichtung einer Spielhalle

Übernahme eines laufenden Betriebes

Betriebssitz _____

(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, ggf. Etage, Nebengebäude, Standort u.s.w.)

Beschäftigung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern ist vorgesehen

Dient der Betrieb

- der Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 1 GewO?

- der Veranstaltung anderer Spiele mit Gewinn (§ 33 d Abs. 1 GewO)?

- der Aufstellung von Unterhaltungsspielen ohne Gewinnmöglichkeit?

Beigefügt ist eine Grundrisszeichnung in vierfacher Ausfertigung mit Beschreibung der Betriebsräume und Flächenberechnung sowie die Einzeichnung der Aufstellung der Geldspielgeräte (Maßstab 1 : 100)

Ist eine baurechtliche Erlaubnis erteilt?

5 Anmerkungen

Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Mir/Uns ist bekannt, dass bewusst falsch gemachte Angaben zur Versagung der beantragten Erlaubnis oder zum Widerruf der bereits erteilten Erlaubnis führen können. Die Hinweise über die Verarbeitung personenbezogener Daten habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

Mir ist bekannt, dass ich die Spielhalle oder das ähnliche Unternehmen erst betreiben darf, wenn mir die zuständige Behörde die erforderliche Erlaubnis erteilt hat.

Ort, Datum

Unterschrift Antragstellerin / Antragsteller